

Pressekonferenz, 14. August 2020

# **INSM-Bildungsmonitor 2020**

## **Statement**

**Hubertus Pellengahr**  
Geschäftsführer  
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie herzlich hier vor Ort im Tagungszentrum der Bundespressekonferenz, aber auch im Livestream, zur Vorstellung des 17. Bildungsmonitors.

Fangen wir mit einer guten Nachricht an: Frau Dr. Kristina Schröder, den allermeisten bekannt als ehemalige Bundesfamilienministerin, ist unsere neue Botschafterin der Sozialen Marktwirtschaft. Sie wird sich mit und für uns unter anderem schwerpunktmäßig im Bereich Bildung engagieren und deshalb freue ich mich ganz besonders, dass sie heute gleich mit dabei ist, wenn wir Ihnen jetzt den aktuellen INSM-Bildungsmonitor vorstellen. Den hat, wie jedes Jahr, auch dieses Mal Prof. Axel Plünnecke mit seinem Team vom Institut der deutschen Wirtschaft verfasst.

In vielen Bundesländern bereitet man sich derzeit auf einen Schulstart unter anderen Bedingungen vor, für einige Kinder und Jugendliche ist ein neuer Schulalltag bereits Realität. Dabei sind Maskenpflicht und Abstandsregeln, so denke ich, noch die geringsten Probleme.

Die Corona-Pandemie hat ein Schlaglicht auf die Schwierigkeiten geworfen, mit denen unser Bildungssystem schon lange zu kämpfen hat und sie werden mittelfristig noch verschärft, dies ist eines der zentralen Ergebnisse des Bildungsmonitors 2020. Ich spreche zum Beispiel von mangelnden Teilhabechancen, Überalterung der Lehrerkollegien und fehlenden digitalen Ressourcen. Die letzten Monate haben gezeigt, dass das Bildungssystem in Deutschland, besonders im Bereich der digitalen Ausstattung, massive Defizite aufweist. Jahrelange Versäumnisse der Politik werden nun wie unter einem Brennglas deutlich – die Konsequenzen tragen Kinder und Jugendliche, und zwar besonders die aus bildungsfernen Familien. Die Chancengerechtigkeit und Teilhabe, für die durch Bildung eigentlich gesorgt werden muss, wird wieder massiv ausgebremst.

Damit der Neustart in der Bildung gelingt, braucht es technisch besser qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer und eine verlässliche, leistungsstarke technische Infrastruktur an den Schulen. Wir fordern daher, dass Lehrkräfte zur Weiterbildung in digitaler Didaktik verpflichtet werden. Gleichzeitig brauchen die Lehrkräfte mehr Unterstützung bei der Digitalisierung der Bildung, damit sie die technischen Möglichkeiten optimal im Unterricht einsetzen können. Daher müssen an allen Schulen professionelle IT-Administratoren in Zukunft genauso selbstverständlich sein wie Hausmeister. Zur Unterstützung der Digitalisierung an Schulen sollten sich Bund und Länder schnellstmöglich auf die Einstellung von mindestens 20.000 IT-Fachkräften einigen und die Aus- und Weiterbildungsverordnungen für Lehrkräfte reformieren. Die Kosten dafür lassen sich laut IW auf jährlich rund 2 Mrd. Euro zusätzlich beziffern. Die

Mittel des vor einigen Wochen beschlossenen Konjunkturpaketes stellen dafür einen ersten Schritt dar, sollten von Bund, Ländern und Kommunen allerdings dauerhaft aufgestockt werden.

Dass Geld allein aber nicht hilft, wenn politische Unfähigkeit im Weg steht, zeigt leider das Beispiel Berlin. Der Tagesspiegel hat das gerade erschreckend deutlich gemacht. Demnach sind in Hamburg seit 2013 alle staatlichen allgemeinbildenden Schulen mit einem Breitbandanschluss ausgestattet. Und in Berlin? Hier wurde der entsprechende Auftrag offenbar bis heute noch nicht einmal ausgeschrieben. Wir sind hier in Berlin ja einiges gewohnt und im Behördenpingpong bei der Suche nach Verantwortlichen ist die Stadt Weltklasse. Das ist nicht „arm aber sexy“ wie es der ehemalige Regierende Bürgermeister Wowereit einst ausdrückte, das ist nur peinlich. Zurück zum Gesamtergebnis: Insgesamt zeigt sich leider in allen Handlungsfeldern des Bildungsmonitors, den die INSM seit 2003 in jedem Jahr veröffentlicht, eine Stagnation der Ergebnisse. Sogar schlechter geworden ist es in den Bereichen Digitalisierung, Integration, Chancengerechtigkeit, Bildungsarmut und Schulqualität. Auch in der Spitzengruppe, die in diesem Jahr wieder aus Sachsen auf Platz 1, Bayern auf Platz 2 und Thüringen auf Platz 3 besteht, lässt nur das bayerische Bildungssystem im Vergleich zu den Werten aus den letzten Jahren eine gewisse Dynamik erkennen.

Die drei Spitzenreiter haben gute Schulen, was sich besonders in den naturwissenschaftlichen Kompetenzen der sächsischen, bayerischen und thüringischen Schülerinnen und Schüler niederschlägt. In den drei Freistaaten schaffen die meisten Jugendlichen einen Schulabschluss und finden anschließend auch einen Ausbildungsplatz.

Hamburg gelingt es, sich weiter an die Spitzengruppe anzunähern und verbessert sich von Platz 5 auf Platz 4. Positiv wirken sich im Stadtstaat besonders die Betreuungsrelationen an Grundschulen aus, zudem investiert Hamburg im Vergleich besonders viel in seine Schulen und Hochschulen.

Die Schlusslichter unseres Bildungsmonitors sind Bremen auf Platz 15 und Sachsen-Anhalt auf Platz 16. Die deutlichste Verschlechterung, nämlich um ganze vier Plätze, stellen die Autoren der Studie für Sachsen-Anhalt fest. Dabei fallen dort ganz besonders die unausgewogene Altersstruktur der Lehrer, die schlechten Betreuungsrelationen zum Beispiel in den KiTas und die hohe Schulabbrecherquote von Jugendlichen mit einem Migrationshintergrund auf.

Detaillierte Ergebnisse sowohl der großen Vergleichsstudie, als auch der Sonderauswertung zu „Bildung und Corona“ wird Ihnen jetzt Herr Prof. Plünnecke erläutern. Anschließend

erfahren Sie von Frau Dr. Schröder, wie wichtig ihrer Meinung nach der Präsenzunterricht ist, wie coronabedingte Bildungslücken geschlossen werden sollten und welche Rolle Samstage dabei spielen könnten.